

PRESSEMITTEILUNG

Professor Junkernheinrich bestätigt:

Alleine können die saarländischen Städte und Gemeinden die strukturelle Finanzierungslücke von mehr als 150 Millionen € nicht schließen

Gefordert ist nun ein langfristig verlässliches Konzept für gemeinsame Anstrengungen von Land und Kommunen

Vorbehaltlich einer genaueren Prüfung des heute vorgestellten Gutachtens von Professor Martin Junkernheinrich kommen für den Saarländischen Städte- und Gemeindegtag (SSGT) der Präsident, Oberbürgermeister Klaus Lorig, Völklingen (CDU), und der Stellvertretende Präsident, Oberbürgermeister Jürgen Fried, Neunkirchen (SPD), zu folgender Einschätzung:

Eine der wichtigsten Aussagen von Professor Junkernheinrich bestätigt genau das, was wir schon lange sagen. Der Lückenschluss für die strukturelle Finanzierungslücke der Kommunen von mehr als 150 Millionen € jährlich kann nur dann gelingen, wenn Bund, Land und die Kommunen gemeinsam die Konsolidierungslast tragen. Allein durch eigene Beiträge der Kommunen ist das nicht zu schaffen.

Die Geschäftsführerin des SSGT, Barbara Beckmann-Roh, ergänzt:

Der SSGT sieht sich durch das heute vorgelegte Gutachten auch in seiner Kritik am Landeshaushalt 2015 bestätigt. Dazu spricht sie nur zwei Punkte an:

Hätte das Land die vom Bund im vergangenen Jahr für die Sofortentlastung der Kommunen zugesagten Mittel in Höhe von 1 Milliarde €, von denen an die saarländischen Kommunen rund 12 Millionen € hätten fließen sollen, nicht im Haushalt 2015 für sich vereinnahmt, so könnten diese zum Lückenschluss verwendet werden. Hier fordert auch Professor Junkernheinrich ein Umdenken des Landes.

Gleichfalls fehlen den Kommunen wegen der im Haushalt 2015 geregelten Neuverteilung der Grunderwerbsteuer Mittel in Höhe von rund 22 Millionen € zum geforderten Lückenschluss. Hier hat die Ministerpräsidentin ihr Versprechen an die Städte und Gemeinden nicht eingehalten. Der Kritik des SSGT an der neu geregelten Nichtbeteiligung der Kreise an der Grunderwerbsteuer hat sie stets entgegen gehalten, man werde verhindern, dass die Kreise sich ihren diesbezüglichen Einnahmeausfall über die Kreisumlage von den Kommunen zurückholen. Nichts dergleichen ist jedoch geschehen.

Für die Zukunft fordert der Saarländische Städte- und Gemeindetag das Land auf, die in der vergangenen Woche vom Bund „zur Überwindung des Nachholbedarfs im Bereich der kommunalen Infrastruktur“ und zur „Unterstützung finanzschwacher Kommunen“ angekündigten weiteren 5 Milliarden €, von denen auf das Saarland ein Anteil von 61 Millionen € entfällt, ungeschmälert an die Kommunen weiterzuleiten. Auch dies wäre ein fairer Schritt zu dem von Professor Junkernheinrich zu Recht geforderten Lückenschluss, so Präsident Klaus Lorig und Stellvertretender Präsident Jürgen Fried.

Abschließend fordert Geschäftsführerin Barbara Beckmann-Roh, dass endlich eine gemeinsame, auf Augenhöhe ausgehandelte Einigung aller Beteiligten in Land und Kommunen auf verlässliche Rahmenbedingungen für einen Sanierungspfad in den nächsten fünf bis zehn Jahren erfolgen muss. Ein ständiger Wechsel der Rahmenbedingungen, wie dies zuletzt beim Kommunalen Entlastungsfonds (KELF) der Fall war, ist Gift für alle ehrlichen Bemühungen der Städte und Gemeinden, den unabdingbaren eigenen Beitrag zur Schließung der strukturellen Lücke zu planen und umzusetzen.

Saarbrücken, 9. März 2015